

WDR Beitrag „Zukunft verkauft“?

Dieter Spürck: „Die Kerpener Grünen unter Leitung ihrer Parteivorsitzenden Annika Effertz versuchen mit unehrlichem Empörungsgehabe und „Nebelkerzen“ zu verschleiern, dass die Grünen mit der Leitentscheidung 2016 beschlossen haben, Manheim-alt abzubaggern.“

Kerpen, 13.07.23

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung zum WDR-Beitrag „Zukunft verkauft“? wird Annika Effertz, Vorsitzende des Bündnis 90/Die Grünen Stadtverbandes Kerpen, in einem Artikel des Kölner Stadt-Anzeigers mit den Worten zitiert: „Ich fand es immer auffällig, wie wenig Unterstützung von der Stadt beim Hambacher Forst bei Manheim kam.“

Bürgermeister Spürck weist den Vorwurf zurück: „Bei der damaligen Räumung des Hambacher Forstes haben sowohl der Landrat des Kreises Düren, Wolfgang Spelthahn, als auch ich gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen als Behördenleiter unsere rechtlichen Bedenken gegen die Begründung für die Räumung geäußert. Diese Auffassung wurde zunächst vom Verwaltungsgericht Köln bestätigt, aktuell jedoch vom Oberverwaltungsgericht Münster nicht. Dies zeigt schon, wie schwierig die rechtliche Beurteilung der Angelegenheit war und ist. Letztlich wurden der Landrat und ich vom Land Nordrhein-Westfalen angewiesen, die Räumung durchzuführen. Gegen diese Weisung konnten weder der Landrat noch ich juristisch vorgehen, da wir auf Grund der Weisung nicht mehr in unseren Funktionen als Landrat und Bürgermeister tätig waren, sondern im Ordnungsrecht als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung sozusagen als „verlängerter Arm“ des Landes Nordrhein-Westfalen agieren mussten. Mehr Möglichkeiten hatten wir nicht. Als Juristin müsste Frau Effertz dies eigentlich richtig einschätzen können und sollte es besser wissen. Auch lässt sie mit einer solchen pauschalen Äußerung völlig offen, welche Unterstützung sie meint. Was hätte die Kolpingstadt Kerpen konkret tun sollen? Was hätte ich als Bürgermeister, der im übrigen auch den Mehrheitswillen des Stadtrates beachten muss, konkret noch mehr tun sollen? Mir scheint, dass auch diese Äußerung bloße Polemik darstellt, die mit Fakten nicht erhärtet werden kann.“

Spürck weiter: „Möglicherweise wird hier der Versuch gestartet, von der damaligen, unter Beteiligung der Partei Bündnis 90/Die Grünen getroffenen Entscheidung, Manheim-alt zur Kohlegewinnung vollständig in Anspruch zu nehmen, abzulenken, indem man aktuell angeblich für die Rettung eintritt. Um es nochmal deutlich zu sagen: Bündnis 90/Die Grünen haben die 2016 getroffene Leitentscheidung zur vollständigen Inanspruchnahme der Flächen von Manheim-alt als Teil der seinerzeitigen Landesregierung beschlossen. Heute scheint man davon nichts mehr wissen zu wollen und wirft stattdessen Nebelkerzen, indem ein angebliches (heimliches) „Stillhalteabkommen“ präsentiert und der Schulterschluss zu betroffenen Anwohnern gesucht wird.“ Auch die Skandalisierung der nichtöffentlichen Behandlung der Rahmenvereinbarung mit RWE zeigt die Unehrlichkeit der Grünen auf: Bei Eintritt in die Sitzungen des Stadtrates, in welchen das angebliche „Stillhalteabkommen“ (welches keines ist) beschlossen wurde, haben die Grünen die Öffentlichkeit dieses Tagesordnungspunktes nicht

beantragt und keine Einwände gegen die Nichtöffentlichkeit erhoben. Damit wäre es auch ein „Geheimpapier“ der Grünen, die vielleicht über ihre Leitentscheidung 2016 zulasten von Manheim-alt hinwegtäuschen wollten.

Dieter Spürck: „Hier offenbart sich erneut, dass die Vorsitzende der Kerpener Grünen sich immer weiter in Richtung realitätsfremder Fundamentalpolitik mit unsachlichen Äußerungen versteigt. Leider ist es offenbar der Markenkern der Parteivorsitzenden Annika Effertz, politisch deutliche Mehrheiten nicht zu akzeptieren und durch unsachliche Kritik wiederholt nachzutreten. Ein solches Verhalten vergiftet das politische Klima und steht einem konstruktiven Dialog im Wege.“ Im Übrigen erweise sich hier erneut, dass es seinerzeit die richtige Entscheidung gewesen ist, sie nicht zur städtischen Dezernentin für den Strukturwandel zu ernennen, obwohl sie seinerzeit daran Interesse geäußert und aus den Reihen der Grünen in Kerpen dahingehende Gespräche initiiert wurden.